

Der Friedensvertrag von Versailles – Ein „Schandvertrag“?

von Dr. Peter Becker*

Am 18. Januar 1919 trat im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles die Pariser Friedenskonferenz zusammen. Ort und Eröffnungsdatum waren nicht zufällig gewählt worden: 1871 hatten die Deutschen während der Belagerung von Paris die Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles vorgenommen. Folge des deutsch-französischen Krieges, den die Deutschen gewonnen hatten, war die Annexion Elsass-Lothringens; ein Vorgang, der zur ‚Erbfeindschaft‘ Deutschland/Frankreich entscheidend beitrug.

Das Ergebnis der Verhandlungen, der Friedensvertrag von Versailles vom 28.06.1919, wurde in Deutschland wegen seines Zustandekommens, aber auch wegen seiner harten Bedingungen abgelehnt. Die Bezeichnung „*Schandvertrag*“ setzte sich durch; dazu kam der vor allem von den Generälen in der Obersten Heeresleitung (OHL) unter Führung des Generals Ludendorff sogenannte „*Dolchstoß*“: die später als „*Dolchstoßlegende*“ verbreitete Behauptung, die Reichswehr habe „*im Felde unbesiegt*“ kapitulieren müssen. Der „*Dolchstoß*“ waren der Matrosenaufstand und die Machtübernahme durch die SPD.

Zwei wichtige Staaten fehlten: Russland, das nach der Oktoberrevolution unter bolschewistischer Herrschaft den auch von den Russen als „*Schandfrieden*“ aufgezwungenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk geschlossen hatte, und Deutschland, das zwar trotz präsenter deutscher Delegation nicht an den eigentlichen Verhandlungen teilnehmen durfte.

Wie war es dazu gekommen? Deutschland hatte seit dem Kriegsbeginn mit äußerster Brutalität agiert. Belgien wurde trotz seiner Neutralität im Vollzug des Schlieffen-Plans überrannt; bei dieser Gelegenheit wurde die Stadt Löwen gebrandschatzt; dem Brand fiel die Universitätsbibliothek mit vielen unersetzlichen Handschriften zum Opfer. In Frankreich verloren die deutschen Armeen nach zunächst erfolgreichem Vormarsch die Marne-Schlacht (vom 5. bis 12. September 1914); an deren Ende wurde Reims bombardiert, wobei die weltberühmte Kathedrale schwer beschädigt wurde. Damit war der Schlieffen-Plan gescheitert. Auch die folgenden Schlachten, vor allem die über zehn Monate dauernde Schlacht von Verdun 1916, mit etwa 150.000 gefallenen deutschen und 167.000 gefallenen französischen Soldaten, und die von der Somme, 1916, mit über einer Million getöteten, verwundeten oder vermissten Soldaten, konnten die Deutschen und ihre Verbündeten nicht gewinnen. Dazu kam der erstmalige Einsatz von Giftgas in der Schlacht von Ypern, erfunden von dem deutschen Chemiker Fritz Haber (seine Frau Clara Immerwahr brachte sich deswegen um). Noch nach dem Waffenstillstandsabkommen vom Compiègne am 11. November 1918 hinterließen die deutschen Truppen beim Abzug aus Frankreich ein völlig zerstörtes Gebiet.

England, das im Vorfeld des Kriegsbeginns noch über eine Neutralität nachgedacht hatte, war infolge der Verletzung der belgischen Neutralität zum Kriegseintritt gezwungen. In der Skagerrak-Schlacht Ende Mai 1916 lieferten sich die britische und die deutsche Flotte eine der größten Seeschlachten der Geschichte; mit 8.500 Toten an zwei Tagen. Am 1. Februar 1917 begann das Deutsche Reich auf Befehl des Kaisers mit 136 Booten den uneingeschränkten U-Boot-Krieg: Handels- und Passagierschiffe wurden unter Bruch der Seekriegs-Regeln versenkt. Noch am 16. Oktober 1918 versenkte ein deutsches Unterseeboot den britischen Postdampfer – nicht Kriegsschiff! – *Leinster*, wobei 450 Menschen,

darunter Frauen und Kinder, ertranken: „Eine glänzende Waffentat“, so Karl Kautsky in seinem Buch *Sozialisten und Krieg* (1937), „aber eine noch glänzendere Methode, vom Feind, dessen Sieg man bereits anerkannte, mildere Bedingungen zu erlangen.“ Die Flottenleitung fasste sogar den Plan, der englischen Flotte noch während der Waffenstillstandsverhandlungen eine Seeschlacht zu liefern; ein Vorhaben, das nur durch den Kieler Matrosenaufstand vom 3. November 1918 verhindert wurde.

Russland hatte am 3. März 1918 den Frieden von Brest-Litowsk als Folge der Oktober-Revolution, die durch die Einschleusung Lenins durch das Deutsche Reich möglich geworden war, abschließen müssen; die Parole der Bolschewiki „Brot und Frieden“ war auf offene Ohren gestoßen. Die Bolschewiki benötigten dringend eine Atempause und handelten mit der OHL einen Waffenstillstand an der Ostfront aus, der am 15. Dezember 1917 in Kraft trat. Deutschland passte diese Entwicklung, weil sie den Zweifronten-Krieg beendete. Gleichwohl kam die OHL den Russen nicht etwa entgegen, Russland musste vielmehr auf seine Hoheitsrechte in Polen, Litauen und Kurland verzichten. Estland und Livland sowie fast das gesamte Gebiet Weißrusslands blieben von deutschen Truppen besetzt, die Ukraine und Finnland wurden als selbständige Staaten anerkannt.

Die USA unter dem demokratischen Präsidenten Wilson waren zunächst am Ersten Weltkrieg nicht beteiligt. Am 7. Mai 1915 wurde das britische Passagierschiff *Lusitania* von einem deutschen U-Boot versenkt; 1.198 Menschen kamen ums Leben. Die USA protestierten wegen des Todes von 128 US-Amerikanern; trotzdem setzten die Deutschen den U-Boot-Krieg fort. Im April 1917 brach Wilson deswegen die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und trat in den Krieg ein: Man müsse die Freiheit verteidigen und die Demokratien schützen. Diesen Anspruch setzte er vor allem mit seinem Vierzehn-Punkte-Plan vom Januar 1918 um. Darin verlangte er beispielsweise öffentlich abgeschlossene Friedensverträge ohne Geheimabmachungen, gegenseitige Bürgschaften für „Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“ und vor allem die Räumung des ganzen russischen Gebiets und die Garantie für Russland, „eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen“ zu ermöglichen. Dieser Programmpunkt war ganz entscheidend, denn er sollte die deutsch-russischen Verhandlungen über einen Separatfrieden torpedieren, die am 3. März 1918 in den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mündeten. Aber Wilsons Plan war – abgesehen von dem der aktuellen Situation geschuldeten Russland-Punkt – eine „moderne Vision für eine Nachkriegsordnung“, für die Wilson später den Friedensnobelpreis erhielt.

Die OHL lehnte den Vierzehn-Punkte-Plan ab; sie wollte einen ‚Siegfrieden‘. Am 21. März begann sie nochmals eine energische Offensive in Frankreich. Aber jetzt griffen die Amerikaner ein. Sie kamen in viel größeren Zahlen als die Deutschen erwartet hatten. Der anhaltende deutsche Widerstand hatte nur den Effekt, den Feind immer noch mehr zu erbittern. Am 29. September forderte Reichspräsident Hindenburg im Einverständnis mit Ludendorff von der Reichsregierung, er solle die Feinde um einen Waffenstillstand bitten. Die Regierung richtete am 5. Oktober eine Note an Präsident Wilson, in der sie ihn ersuchte, den Frieden auf der Grundlage seiner vierzehn Punkte herbeizuführen. Wilson ließ sich auf Verhandlungen ein und erreichte schließlich am 11. November 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne. Aber nach den geschilderten Abläufen war es kein Wunder, dass sich die ‚Triple Entente‘ und Wilson in den Vorverhandlungen für Versailles nicht auf Gespräche mit den Deutschen einließen. Der Friedensvertrag enthielt daher – verständlicherweise – harte Bedingungen, die aber von der Mehrheit der Deutschen als illegitimes und demütigendes Diktat empfunden wurden. Insbesondere an einer Bestimmung entzündete sich der Zorn, dem sogenannten ‚Kriegsschuld-Artikel‘ 231:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Damit waren Deutschland und seine Verbündeten in der Rolle des Aggressors. Dazu kam Artikel 227, wonach Kaiser Wilhelm II., „*vormaliger Kaiser von Deutschland, wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage*“ gestellt und der Jurisdiktion eines besonderen Gerichtshofs überantwortet wurde.

Der deutschen Delegation am ‚Katzentisch‘ ging es vor allem um Relativierung der Kriegsschuld. Aus diesem Grund wurde eine ‚Friedensdelegation‘ berufen, die die Versailler Verhandlungen begleiten sollte. Dafür machte sich insbesondere Max Weber stark, der schon 1914 für den Krieg eingetreten war. Er hatte gemeinsam mit dem Prinzen Max von Baden die ‚Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts‘, kurz ‚Heidelberger Vereinigung‘, gegründet. Der erste öffentliche Aufruf der Arbeitsgemeinschaft vom 3. Februar 1919, nur zwei Wochen nach Eröffnung der Versailler Verhandlungen, sprach von einer „*gemeinsamen Schuld aller kriegführenden Großmächte Europas*“. Diese Position hat übrigens Christopher Clark in sein berühmtes Buch *Die Schlafwandler* übernommen.

Zur Friedensdelegation gehörten auch die Professoren Hans Delbrück und Albrecht Mendelssohn-Bartholdy. Eine interessante Figur war auch Graf Max Montgelas, der im November zusammen mit Prof. Walther Schücking (Völkerrechtler und einer der ‚Väter‘ des Völkerbundes) die Dokumentensammlung von Karl Kautsky herausgab. Kautsky, führender Kopf der linken Sozialdemokratie, war nämlich vom ersten sozialdemokratischen Kabinett unter Scheidemann beauftragt worden, die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch zusammenzustellen, die zu einem eindeutigen Ergebnis führten: Österreich-Ungarn und die Reichsregierung waren die Hauptschuldigen am Kriegsausbruch. Die Veröffentlichung der Dokumente war übrigens von der Reichsregierung fast ein halbes Jahr verhindert worden, was Karl Kautsky dazu veranlasste, seine Version des Kriegsausbruchs in dem Buch *Wie der Weltkrieg entstand* im Herbst 1919 zu edieren. Aber Kautskys Position setzte sich nicht durch. Die These der deutschen Regierung und der Friedensdelegation, alle kriegführenden Mächte seien gemeinsam schuld am Kriegsausbruch, niedergelegt im Weißbuch der Reichsregierung vom Juni 1919, wurde die herrschende Auffassung unter den deutschen Historikern. Dabei waren die Dokumente zum Teil gefälscht und weitgehend ergebnisorientiert ausgewählt, wie der bedeutende Strafrechtler Hermann Kantorowicz in seinem Gutachten über die Kriegsschuldfrage, das er von 1923 bis 1927 im Auftrag des Reichstags erarbeitet hatte, herausarbeitete. Sein Gutachten verschwand übrigens in den Schubladen und wurde erst 1967 von dem Historiker Imanuel Geiss veröffentlicht.

Kautskys Buch und seine Dokumentensammlung lieferten schon 1919 klare Belege für die deutsche und österreich-ungarische Kriegsschuld. Dass sie keine Wirkung erzielten, liegt auch an einem der „*bestgehüteten Staatsgeheimnisse der Weimarer Republik*“, nämlich dem Kriegsschuldreferat im Auswärtigen Amt. Dieses Kriegsschuldreferat, geleitet von einem siebenköpfigen Direktorium, in dem Delbrück und Montgelas saßen, hatte die Aufgabe, die deutsche Kriegsschuld zu relativieren. Gegründet wurde ein Verein ‚*Schuld am Kriege?*‘, der drei Millionen kleinerer Schriften absetzte, einen „*Marktplatz zur Kriegsschuldfrage*“ in einer Auflage von 500.000 und einen Kalender „*Für Freiheit und Ehre*“ in einer Auflage von 100.000 herausgab. Monatlich erschien die Zeitschrift *Kriegsschuldfrage* mit regelmäßig 120 Seiten. Damit wurde die historische Wahrheit umgedreht und die „*Dolchstoß-Legende*“ Ludendorffs die herrschende Position unter den deutschen Historikern. Erst Fritz Fischers 1961

erschienenes Buch *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18* widerlegte diese Position.

Es gibt noch eine offene Frage, die bis heute nachwirkt: Haben die Russen den Ersten Weltkrieg begonnen? Mit dieser Frage hat sich Karl Kautsky in seinem Buch auseinandergesetzt. Seine Position ist anhand des Zeitablaufs gut nachvollziehbar: Österreich-Ungarn erklärte Serbien am 28.07.1914 den Krieg und begann noch in der Nacht, Belgrad von der Donau aus zu beschießen. Völlig klar war, dass Russland wegen seines Beistandspakts mit Serbien reagieren musste. Trotzdem kam es nur zu einer russischen Teilmobilmachung. Zugleich erreichte den Kaiser ein Telegramm des Zaren: *„Es wäre gut, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz zu übermitteln.“* Reichskanzler Bethmann-Hollweg lehnte ab.

Dazu muss man wissen, dass die Haager Friedenskonferenzen aufgrund der Anregung des russischen Zaren Nikolaus und auf Einladung der niederländischen Königin Wilhelmina 1899 und 1907 einberufen wurden, um Grundsätze für Abrüstung und friedliche Konfliktlösung zu entwickeln. Ein Eckpunkt war die Einrichtung einer Schiedsgerichtsbarkeit, die aber von Deutschland unterlaufen wurde. Die Haager Konferenzen entwickelten die Haager Landkriegsordnung und damit Grundsätze für die Schaffung von Frieden durch Recht, auf denen Wilsons vierzehn Punkte aufbauen konnten.

Am 30. Juli 1914 versuchte der Zar in einem persönlichen Schreiben an Kaiser Wilhelm II., den Krieg noch zu verhindern. Der Versuch scheiterte.

Morgen des 31. Juli 1914: Österreichische und russische Generalmobilmachung

1. August 1914, 1 Uhr mittags: Generalmobilmachung und Absendung der Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Russland. Gleichwohl telegraphiert der Kaiser noch um 10.45 Uhr abends an den Zaren, ob noch Verhandlungen möglich seien.

1. August 1914, 2 Uhr mittags: Der Zar schickt ein Telegramm an den Kaiser, wo es heißt, dass er davon ausgehe, dass die Mobilmachungsmaßnahmen „nicht Krieg bedeuten und dass wir fortfahren werden zu verhandeln zum Heile unserer beiden Länder [...]“.

Morgen des 2. August 1914: Russland beginnt ohne Kriegserklärung mit kriegerischen Maßnahmen.

3. August 1914: Der Reichskanzler legt dem Reichstag eine Denkschrift vor, wo fälschlich behauptet wird, dass russische Truppen am Nachmittag des 1. August die Grenzen überschritten hätten: „Hiermit hat Russland den Krieg gegen uns begonnen.“ Kautsky schreibt in seinem Weltkriegsbuch: „In Wirklichkeit war es anders. Deutschland hat den Krieg gegen Russland begonnen. Die Darstellung des Kriegsbegins durch die deutsche Regierung stellt die Dinge auf den Kopf“: Die Kriegsschuldfrage.

4. August 1914: Kaiser Wilhelm II. erklärt vor dem Reichstag in einer Thronrede:

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteienunterschied, ohne Standesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch Dick und Dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“

Das Parlament stimmt fast geschlossen für die zur Kriegsführung benötigten Kriegskredite. Auch viele Sozialdemokraten stimmen dafür, folgend der Auffassung, der Krieg gegen ein Russland sei der ‚Heilige Krieg‘ der deutschen Sozialdemokratie.

Es bildet sich eine kriegskritische Abgeordnetengruppe, die im April 1917 die USPD gründet. Zu ihr gehören Kautsky und Eduard Bernstein.

Diese Abläufe sind die Basis für die Einordnung Russlands als aggressives Land. Die Initiativen des Zaren waren einfach der Tatsache geschuldet, dass die finanzielle Last der Rüstungen den ökonomisch rückständigen russischen Staat erdrückten, so Kautsky in seinem Buch *Sozialisten und Krieg* von 1937, in dem sich eine Rückschau auf den Ersten Weltkrieg, seine Schriften und den Friedensschluss von Versailles befindet: Sehr lesenswert!

Man denkt unwillkürlich an die aktuelle Situation, in der die 29 NATO-Staaten 2017 ca. 900 Milliarden Dollar für die Rüstung ausgaben, während es in Russland nur 55 Milliarden Dollar waren. Gleichwohl verlangt die NATO unter Verweis auf Russlands „*aggressives Verhalten*“ von den Mitgliedstaaten aufzurüsten.

Die Parallelen gehen noch weiter: Der Warschauer Pakt beschloss in Bukarest 1966 die Einberufung einer „*Konferenz über Fragen der europäischen Sicherheit*“, aus der die KSZE von 1975 hervorging. Auf dem KSZE-Gipfeltreffen vom November 1990 wurde mit der Charta von Paris der Ost-West-Konflikt auf der normativen Ebene beendet; der Warschauer Pakt wurde aufgelöst. In Paris wurde auch der „*Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa*“ (KSE-Vertrag) unterzeichnet. „*Einer der stolzen Befürworter dieser neuen Weltordnung war Michail Gorbatschow*“ (OSZE-Magazin 4/2010).

1990 schenkte Gorbatschow Deutschland mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag die Wiedervereinigung. Unter Gorbatschows Nachfolger Boris Jelzin erlebte Russland – nach misslungener Privatisierung des Volksvermögens, auch wegen der Fehlleistungen US-amerikanischer Berater – die Staatspleite. Dessen Nachfolger Wladimir Putin konnte Russland binnen kurzem sanieren. Putin sprach 2001 im Bundestag und warb für Gorbatschows Vision vom „*Aufbau des europäischen Hauses*“. Das Protokoll vermerkte: „*Die Abgeordneten erheben sich.*“ Trotz entgegenstehender Zusagen zahlreicher Politiker des Westens 1990 breitete sich die NATO nach Osten aus. Dazu machte Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 klare Ansagen. Die USA versuchen seither, auch die Ukraine in die NATO zu bringen. Infolge der Maidan-„*Revolution*“ kam Ministerpräsident Jazenjuk, ein Anhänger des NATO-Beitritts, an die Macht. Russland musste angesichts des aufrechterhaltenen Beitrittsangebots der NATO befürchten, dass mit einem NATO-Beitritt der Ukraine auch die Krim in den NATO-Einflussbereich einbezogen wird; mit flagranter Gefährdung der russischen Flottenbasis in Sewastopol. Es kam nach einer Volksabstimmung zur Sezession der Krim. Der Hamburger Staatsrechtler Merkel ordnet sie jedenfalls so ein; anders aber der Westen, der den Beitritt der Krim zu Russland als Annexion und als wesentlichen Beleg für Russlands „*aggressive Haltung*“ einordnet.

Da stehen wir heute: Angesichts – auch atomarer – Aufrüstung war die Lage seit dem Ende des Ost-West-Konflikts noch nie so gefährlich; ein Anlass für ein Zusammenrufen der OSZE, unter Aufnahme der Botschaften der KSZE. Die Völker wollen Frieden.

Der Autor, Dr. Peter Becker, hat im Jahr 2014 die Bücher von Karl Kautsky *Wie der Weltkrieg entstand* und von Heinz Loquai *Wege in einen vermeidbaren Krieg* unter dem Titel *1914 und 1999: Zwei Kriege gegen Serbien* bei Nomos neu herausgegeben. In der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 7/8 2016, erschien von ihm der Aufsatz *Der lange Streit über Verantwortung und Schuld. Karl Kautsky und Hermann Kantorowicz versus Christopher Clark*.